

Internationale Politik im Vorfeld von Kopenhagen, Stichwort International Governance

von Heidemarie Wieczorek-Zeul

1. Die Herausforderung

Im Grundsatzprogramm der SPD – dem Hamburger Programm von 2007 – haben wir festgehalten, dass wir für eine Politik kämpfen, die im eigenen Land, in Europa und weltweit eine soziale Antwort auf den globalen Kapitalismus formuliert. Wir haben auch dort formuliert, was inzwischen mehr gilt als je zuvor und immer wieder betont werden muss: „Die Menschheit kann zum ersten Mal in ihrer Geschichte die existenziellen Probleme nur noch gemeinsam lösen. Umfassende Sicherheit lässt sich nur gemeinsam erreichen.“ Die große historische Aufgabe ist: Den globalen Kapitalismus zu bändigen, sozial, ökologisch und politisch. Sonst setzen sich ungesteuerte Marktkräfte über die Interessen von Menschen und die Demokratie hinweg.

Entfesselte Finanzmärkte widersprechen jeder Vorstellung von nachhaltiger und langfristig ausgerichteter Wirtschaft. Die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern wird größer, wie es dramatische Zahlen illustrieren. 40 Prozent der Menschheit leben in armen Ländern, ihr Anteil am Welthandel beträgt aber nur ein Prozent. Das reichste eine Prozent der Weltbevölkerung verdient ebensoviel wie die ärmsten 57 Prozent. Manche Menschen sind heute reicher als manche Staaten: Der Besitz der 15 reichsten Menschen der Welt ist höher als das Bruttoinlandsprodukt aller afrikanischen Staaten südlich der Sahara, außer Südafrika.

Spätestens jetzt gilt es, Wege zu finden, die tatsächliche Lösungen sind, es geht um gemeinsame Lösungen, um globale Regeln und weltweite Übereinkommen. Finanzkrise, Klimakrise und Hungerkrisen können nur durch

global gerechte Übereinkommen überwunden werden. Wir brauchen neue Regeln für die Weltfinanzmärkte, die einen verlässlichen Ordnungsrahmen für die weltweiten Märkte sichern und mit globalen Regeln dem Kasino-Kapitalismus entgegenwirken. Nur, wenn wir Steueroasen austrocknen, Kapitalflucht verhindern und Transparenz auf den Finanzmärkten schaffen, können wir Globalisierung gerecht gestalten. Es ist die Aufgabe der Politik dafür zu sorgen, dass der ungezügelte Markt nicht die Handlungsfähigkeit der Politik gefährdet und dass die Umwelt nicht länger ausgebeutet wird. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Löhne und Arbeitsbedingungen nicht hier bei uns schlechter, sondern weltweit besser werden. Es liegt in unserer Verantwortung, dass Not und Hunger nicht weiter zunehmen und dass Globalisierungsgewinne nicht bei kleinen reichen Minderheiten hängen bleiben.

Globalisierung ist erst dann gerecht, wenn sie armen Menschen hilft, sich aus ihrem Elend zu befreien.

2. Globale Folgen der Finanzkrise

Die Krise trifft Menschen, die mit Worten wie Wall Street, Neoliberalismus, zweitklassigen Hypothekenkrediten oder Subprime Crisis nichts verbinden. Die Krise trifft Menschen, die viel eher „Leistungsträger“ zu nennen sind, als Aufsichtsratsvorsitzende und Banker, weil sie – insbesondere die Frauen – Unglaubliches leisten, um ihre Kinder auch nur zu ernähren, gesund zu halten und auszubilden.

Es ist und bleibt der große Skandal des Jahrhunderts: was die reiche Minderheit der Welt im Sinne des Marktradikalismus eingebracht



hat, muss von den Millionen hungrigen Menschen ausgebadet werden! Die Ernährungs-, Finanz-, und Wirtschaftskrisen gefährden die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele und drohen bereits mehr als 100 Millionen Menschen zusätzlich in extreme Armut zurückzuwerfen. Darum wiederhole ich bewusst: Die Finanzmarktkrise ist ein Kapitalverbrechen!

Ohne, dass die Entwicklungsländer diese Krise verursacht haben, sind sie also unmittelbar und existentiell von ihr bedroht. Die Langzeitfolgen dieses Systemversagens sind dabei genauso empörend. Für Kinder steht kein Schulgeld mehr zur Verfügung – und ohne Bildung droht auch der nächsten Generation Armut.

3. Für eine globale Gestaltung und Neuordnung

Neu ist es nicht, aber die Gefahr ist so groß, dass sie immer wieder betont werden muss. Die extremen sozialen Ungleichgewichte bedrohen den Frieden. Es ist daher die dringliche Aufgabe der Politik, die Kräfte des Marktes gerade auch in den Dienst der armen Menschen zu stellen. Entwicklungspolitik muss weiter als Politik für gerechte, globale Strukturen stark gemacht

werden. Ohne, dass arme Menschen weltweit mehr Rechte und mehr Chancen für ein Leben in Würde erhalten, wird es keine friedliche Globalisierung geben – auch nicht in den reichen Ländern. Die 8 Millenniumsentwicklungsziele sind die Orientierungsmaßstäbe zur gerechten Gestaltung der Globalisierung. Sie sollen bis 2015 verwirklicht sein. Schon heute muss aber die globale Diskussion über die globalen Entwicklungsziele nach 2015 bereits beginnen. Zur globalen Gestaltung braucht es die Zusammenar-

beit aller, die der Demokratie verpflichtet sind: Fortschrittliche Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften, soziale und wirtschaftliche Unternehmen.

Ein Beispiel für massiv aggressives Verhalten der Industrieländer gegenüber den Entwicklungsländern sind die Agrar-Exportsubventionen. Diese Agrarexportsubventionen der Industrieländer untergraben Lebensgrundlagen in Entwicklungsländern. So sind die Baumwollbauern in Westafrika in ihrer Existenz bedroht, weil die Subventionierung US-amerikanischer Bauern den Weltmarkt ruiniert.

4. Globalisierung politisch gestalten

Wir brauchen einen Weltwirtschafts- und Sozialrat unter dem Dach der UN. Dieser muss repräsentativ und handlungsfähig sein und Weltbank, IWF und WTO einschließen. Ein „Global Economic Coordinating Council“ soll Lösungen für globale wirtschaftliche Probleme auch mit Blick auf soziale und ökologische Dimensionen beraten. Dieser Council sollte von einem Expertenteam - einem „Panel of Experts“ - unterstützt werden, welches die systemischen kurz- und langfristigen Risiken der globalen Wirtschaft analysieren soll.

Die SPD hat auch dazu in ihrem Hamburger Programm bereits eindeutige Forderungen aufgestellt, so heißt es dort: „Wir plädieren für einen Globalen Rat der Vereinten Nationen für Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik. Er soll wirtschaftliche Interessen, soziale Bedürfnisse und ökologische Notwendigkeiten aufeinander abstimmen, die Gefahren unkontrollierter Kapitalbewegungen, soziales und ökologisches Dumping begrenzen helfen. Alle Regionen und die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen sollen in diesem Rat hochrangig vertreten sein.“

Es ist wichtig, dass die Vereinten Nationen auch weiterhin gestärkt werden. Die G20 sind nur ein erster Schritt, denn ganz Afrika ist mit seiner einen Milliarde Menschen darin nicht vertreten! Ein Ansatz, der 172 Länder außen vor lässt, ist in einer globalisierten Welt gelinde gesagt ungenügend. Die internationalen Finanzinstitutionen können ihre Legitimität langfristig nur dann wahren, wenn Entwicklungsländer besser repräsentiert sind. Die Teilhabe der Entwicklungsländer ist vor allem in der Bereitstellung von global public goods wie im Kernbereich des Klimaschutzes und auch der Stabilität der Finanzmärkte unverzichtbar! Zukünftig sollte die Weltbank im Bereich der Entwicklungsfinanzierung die globale Rolle spielen; der IWF sollte die Kontrolle der Einhaltung global vereinbarter Finanzregeln erhalten, aber dabei auch „große“ Mitgliedsländer rügen können. Bisher hatte er sich zumindest gegenüber den USA zurückgehalten. Insgesamt gilt also, dass wir internationale Organisationen für wirtschafts- und sozialpolitische Fragen stärken und ihre Vernetzung unterstützen müssen.

Eine der Hauptaufgaben für einen solchen Weltwirtschaftsrat ist es, dafür Sorge zu tragen, dass die Regeln der Welthandelsorganisation Sozialstandards der internationalen Arbeitsorganisation (ILO) berücksichtigen müssen. Wie eine aktuelle Studie der ILO und der Welthandelsorganisation zeigt, steigt der Anteil der

Niedriglohnjobs ohne soziale Absicherung weiter. Heute liegt er in Asien bei 30 Prozent und in Afrika teilweise bei 80 Prozent. Bemühungen um menschenwürdige Arbeit wie die ILO-Kernarbeitsnormen und „decent work worldwide“ dürfen nicht nachlassen, dafür muss ein globaler Weltwirtschaftsrat eintreten.

Weiterhin leben vier von fünf Menschen auf dieser Welt ohne jegliche soziale Sicherung. Mehr als 1,3 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu einer ausreichenden Gesundheitsversorgung. Wir brauchen also dringend einen Ausbau sozialer Sicherungssysteme wie beispielsweise durch einen Aufbau von Krankenversicherungssystemen. Das kann funktionieren: In Ruanda war noch vor wenigen Jahren niemand gegen Krankheit versichert. Heute haben 70 Prozent der Bevölkerung eine Krankenversicherung. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt zur Armutsbekämpfung sind auch Mikrokredite. Mikrokredite geben sozial Schwachen Lebensperspektiven – ganz besonders den Frauen.

Soziale Regeln in der Globalisierung – das ist es, was gerade nach der Finanzkrise in den Entwicklungsländern am meisten nachgefragt wird. Dabei beziehen sie sich immer wieder auf die sozial-staatlichen Errungenschaften der europäischen Länder. Dass der kalte US-Marktradikalismus vor Obama nicht zukunftsfähig ist, leuchtet jedem in den Entwicklungsländern ein. Die Stiglitz-Kommission, der ich angehört habe, hatte vor einigen Monaten einen „Intergovernmental Panel on Systemic Risks“ gefordert, der ähnlich dem Weltklimarat die Welt aufrütteln sollte. Er könnte eine Vorstufe zu einem UN-Weltwirtschaftsrat sein, er könnte aber auch Zuarbeit für diesen leisten. Der Bericht der Stiglitz-Kommission wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 25. Juni 2009 in New York in vielen Punkten aufgenommen, unter anderem auch die Forderung nach einem „Intergovernmental Panel on Systemic Risks“. Dieses Gremium soll systemische Fehlentwicklungen erkennen und

künftige Krisen verhindern helfen. Es hat sich gezeigt, dass eine falsche makroökonomische Politik zum Ausbruch der Krise beigetragen hat. In einem solchen Panel, das Experten aus den verschiedensten Regionen und Fachbereichen der Welt vereint und aus dieser Vielseitigkeit seine Stärke gewinnt, muss der Austausch zwischen Politik und Wirtschaft gefördert werden.

5. Wir brauchen neue Regeln für die Finanzmärkte!

Wir brauchen neue Regeln, die für nachhaltiges und verantwortungsvolles Wirtschaften sorgen, mehr Transparenz, eine neue Balance von Markt und Staat und eine starke Finanzaufsicht.

Und vor allem: wir brauchen eine Besteuerung der Finanztransaktionen – eine Internationale Finanztransaktionssteuer. Ihre Finanzmittel sollten zum Ausgleich für die entstandenen schweren Schäden durch die Finanzmarktkrise eingesetzt werden.

Es ist gut, dass die SPD beschlossen hat, für den Deutschen Bundestag eine Enquete-Kommission zu den Ursachen und Folgen der Finanzkrise zu fordern. Diese soll auch die Auswirkungen der sinkenden Lohnquote sowie der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte auf das Entstehen der Finanzkrise untersuchen und Gegenstrategien entwickeln.

Die Stiglitz-Kommission, in der ich engagiert mitgearbeitet habe, hat den Vorschlag gemacht, eine neue globale Reservewährung ins Auge zu fassen, als Konsequenz aus der Dominanz des US-Dollars und seinen dramatischen Krisenauswirkungen auf die Weltwirtschaftsentwicklungen. Der Vorschlag einer solchen globalen Reservewährung wurde bereits 1944 bei der Entstehung des Bretton-Woods-Instituts von John Maynard Keynes gemacht, fand aber keine politische Mehrheit. Er gewinnt heute an besonderer Bedeutung, da die Schwellenländer daran ein höheres Interesse gewonnen haben. Die neue globale Reservewährung

www.marxistische-blaetter.de



Einzelheft:

112 Seiten, 8,50 €
Jahresabo: 45,00 €
Ermäßigt: 30,00 €

*Ältere Hefte
schicken wir
gerne auch
kostenlos zu*

Frauensachen

Alle sind dafür! Wo liegt also das Problem? – Alice Schwarzer und der Gender Gap **Susanne Bauermann** | Frauenerwerbsarbeit und kommunistische Frauenpolitik | **Raja Bernard** | Erfahrungen aus der Frauenpolitik der DKP **Marianne Konze** | Proletarische Frauen und ihr Weg zum Kommunismus **Gisela Notz** | Und es gibt ihn doch! Erklärungen zum marxistischen Feminismus **Heike Friauf** | Klasse und Geschlecht als Dimensionen kapitalistischer Herrschaft **Thomas Lühr** | Weibliche Kultur? **Jane Zahn** | Die Scheinheiligen und der unheilige Frauenstolz derer aus der DDR **Maxi Wartelsteiner** | Frauen und Mädchen in faschistischen Organisationen **Bettina Jürgensen**

Bestellung bei Neue Impulse Versand
Hoffnungstr. 18 | 45127 Essen
Tel.: 0201-24 86 48 2 | Fax: 0201-24 86 48 4
E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

 NEUE IMPULSE VERLAG

könnte auf einem ausgeweitetem Ansatz der Sonderziehungsrechte aufbauen.

6. Globalisierung ökologisch gestalten

Im Zuge der Finanzkrise und der Weltwirtschaftskrise ist – gerade unter der neuen schwarz-gelben Regierung - die Gefahr, dass eine andere Krise unterschätzt wird, groß. Die Klimakrise rückt in den Schlagzeilen in den Hintergrund, während Auswirkungen und Gefahren weiter zunehmen. Klima und Entwicklung gehören weltweit unmittelbar zusammen.

Der weltweite Energiebedarf wird bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent steigen – über 70 Prozent dieses Zuwachses wird in den Entwicklungs- und Schwellenländern stattfinden. Es wäre für das Weltklima fatal, wenn dieser zusätzliche Bedarf über Öl, Gas und Kohle gedeckt würde – ein Klimakollaps wäre über kurz oder lang die logische Folge. Wir brauchen dringend eine Energiewende. Insbesondere die ärmsten Länder müssen endlich einen Zugang zu nachhaltiger Energie bekommen. Bis heute fehlt mehr als zwei Milliarden Menschen der Zugang zu sauberer, moderner Energie.

Wir wissen, dass die Entwicklungsländer am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben und doch werden sie am meisten davon betroffen sein. 2000 bis 2004 waren rund 262 Millionen Menschen von klimabedingten Katastrophen betroffen. Von ihnen leben über 98 Prozent in Entwicklungsländern. Deshalb sind völkerrechtlich bindende Vereinbarungen zur CO₂-Reduktion zwingend notwendig. Deshalb müssen die Entwicklungsländer massive finanzielle Unterstützung beim Zugang zu erneuerbarer Energie und bei Anpassungsmaßnahmen erhalten.

Was können wir tun? Wir können die Verstärkung von CO₂-Verschmutzungsrechten weiter für Armutsbekämpfung und den internationalen Klimaschutz einsetzen. Mit dem Instrument des Emissionshandels ist Deutsch-

land weltweit Vorreiter. Gerade mit Blick auf Kopenhagen sage ich: Wir müssen dieses Instrument weiter ausbauen!

Außerdem: Atomenergie ist keine Option für die Zukunft! Atomenergie produziert hochgiftigen Nuklearabfall, der eine permanente Gefährdung für Menschen, Umwelt und Sicherheit über einen Zeitraum von vielen tausend Jahren darstellt. Wenn die Energiearmut von 2 Milliarden Menschen weltweit beseitigt werden soll, dann wäre die Förderung von Atomenergie mit weltweit zusätzlichen 800 Atomkraftwerken notwendig. Daraus wird schon der fatale Irrweg deutlich: Massive Proliferationsgefahr ist dabei nur ein Beispiel!

Klimaschutz geht nicht ohne Entwicklung – und Entwicklung ist nicht ohne Klimaschutz möglich – denn nur, wenn wir diese Abhängigkeit verstehen, können wir eine nachhaltige Entwicklung ermöglichen. Dabei müssen wir die ärmsten Länder weiter darin unterstützen, den Ausbau ihrer Energieversorgung mit erneuerbaren Energien zu leisten!

Nicht trotz, sondern wegen der Finanzkrise erweist sich Armutsbekämpfung als günstigste und sicherste Investition in unsere Zukunft. Die Wahrscheinlichkeit einer globalen Unordnung ist größer denn je. Wenn es uns jetzt nicht gelingt, global gerechte Strukturen zu schaffen – wann wird es uns dann jemals gelingen? Zurecht hat Willy Brandt schon gesagt: „Auch wir können nicht in Frieden leben, wenn es Regionen in der Welt gibt, die in tiefster Armut leben.“

Ich will nicht, dass unsere Generation in die Geschichte eingeht als eine Generation, die zwar den Finanzsektor retten konnte, aber nicht die Kraft und den Willen aufbrachte, die Welt vor Hunger, Armut, Klimawandel und massenhaftem Sterben zu retten. ■

↳ Heidemarie Wiecek-Zeul ist Mitglied des Deutschen Bundestages und war 1998-2009 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Kinderspiel Kapitalismus: Rückbau Ost

von Tom Strohschneider

Liebe Brüder und Schwestern, bald haben wir es überstanden. 20 Jahre sind genug. Ehrlich gesagt fühlten wir uns ja schon die ganze Zeit wie ein heillos zerstrittenes Ehepaar, das auf Familienfesten immer so tun musste, als hänge der Haussegen noch im Lot. Von wegen zusammengehören! Diese überheizten Plattenbauten. Dieses ständige Besserwissen. Und dann wurde die Sache auch noch viel teurer als gedacht.

Inzwischen haben viele den historischen Irrtum natürlich erkannt. Im Prenzlauer Berg hängt die ganze Wahrheit seit Wochen an den Hauswänden: „Wir sind ein Volk. Und ihr seid ein anderes.“ Auch die Regierung bereitet sich auf die endgültige Teilung Deutschlands vor. Vorsichtshalber wurden keine Minister aus dem Osten berufen. Vorausschauende Kaderarbeit nennt man das. Falls es schon früher als geplant zur Wiederzertrennung kommen sollte, müssen dann nicht erst umständlich die Posten neu besetzt werden. Und im Verkehrsministerium gilt schon heute die Parole „Aufbau West“.

Nun hat allerdings die jugoslawische Erfahrung gelehrt, dass der sicherste Weg der Staatenteilung über die politische Zoologie verläuft. Das Stichwort lautet: die Ostdeutschen als „eigene Ethnie“.

Vor allem Jörg Schönbohm hat sich mit seinen Feldstudien in Brandenburg Verdienste erworben. Die Entdeckung des CDU-Altstars: Die Menschen in den „fünf neuen Ländern“ lassen sich an „weit verbreiteter Stillosigkeit - im Umgang wie in der Kleidung“ erkennen. Dass der Ex-Innenminister der „kleinen DDR“ damit unverbesserliche Nostalgiker auf den Plan gerufen hat, die die vergangenen 20 Jahre verklären, muss nicht weiter beunruhigen. Schönbohms deutsch-deutsche Ethnologie wirkt sicher nach-



Foto: www.photocase.de, © mathias the dread

haltiger als der dröge Charme jeder staatsbürgerkundlichen Jubiläumsfeier.

Man kann die Erfolge schon sehen. Einer der Adepten des Generals heißt Ulrich Clauß und verbreitet sich in der Welt. Der Homo ossiensis, erfährt man dort, steht am liebsten in „Menschentrauben rund um die Trinkhallen“. Und hat sich trotz all der schönen Transferzahlungen und politischen Bildungsanstrengungen als „eine ganze deformierte Generation“ entpuppt.

Was tun? Eine freiheitlich demokratische Grundordnung ist mit solchen Gestalten nicht zu haben. Der „Geist der DDR“ — für Clauß ist das eine Art Massendefekt, der an das „Stockholm-Syndrom bei Geiselnahmen erinnert“. Nun weiß man zwar nicht mehr ganz genau, wer im Herbst 1989 wen in seine Gewalt gebracht hat. Aber eines kann man doch ausschließen: dass es seitdem übermäßige Probleme mit allzu großer Solidarität der einen mit der anderen Seite gegeben hat.

Wie man es auch wendet: Der Rückbau Ost ist nur noch eine Frage der Zeit. Und wer daran zweifelt, der soll an Merkels Wahlkampf erinnert werden. Die Hamburgerin (!) ist bestimmt nicht ohne Grund in Adenauers Rheingold-Express durch die nur notdürftig vereinte Republik gezuckelt. Hatte „der Alte“ damals nicht sehr erfolgreich nach dem Motto gehandelt, lieber das halbe Deutschland ganz als das ganze Deutschland halb? Na also. Wahnsinn! ■

☞ Tom Strohschneider ist Redakteur bei der Wochenzeitung Der Freitag.